PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE UND DEMOKRATIE IM SOZIALISMUS

Von Prof. Dr. jur. habil. JÜRGEN BECHER (vgl. auch in UZ 37 und 38/39 vom gleichen Autor)

Der sozialistische Staat der DDR ist die höchste und umfassendste „politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen" (Art. 1/1, Verfassung). Die sozialistische Staatsmacht ist somit das wichtigste Instrument und die entscheidende politische Organisationsform, mit der die Arbeiterklasse als führende Kraft des Volkes die entwickelte sozialistische Gesellschaft errichtet. Der sozialistische Staat sieht das Hauptziel in der Gestaltung solcher Verhältnisse und Beziehungen, die die schöpferische Zusammenarbeit der von der Ausbeutung befreiten Werktätigen, das Wachstum ihres materiellen Wohlstandes und der Kultur gewährleisten. Damit unterscheidet sich die sozialistische Staatsmacht als Hauptinstrument des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus von jeder anderen Staatsmacht **durch ihren schöpferischen Charakter.** Die Diktatur des Proletariats vereinigt erstmalig **die drei Hauptkomponenten der sozialistischen Beziehungen: Staatsmacht, Produktionsmittel, Arbeit.**

Aus dem dargestellten Wesen der sozialistischen Staatsmacht folgt, daß beim Aufbau des Sozialismus die Demokratie immanenter Bestandteil des sozialistischen Staates, sein Lebenselement ist. **Die sozialistische Demokratie wird im sozialistischen Staat selbst verkörpert.** „Demokratie ist nur die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat" (W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1960, S. 469). Staat und Demokratie sind im Sozialismus einheitlich. Schon aus diesem Grunde ist die Sicherung der politisch-staatlichen Herrschaft der Arbeiterklasse identisch mit der Bekämpfung der Demokratie" (Karl Marx/F. Engels, Werke, Bd. 4, S. 481). Dieses geht auch notwendig mit der Erfüllung der größeren und komplizierteren Aufgaben des sozialistischen Aufbaus die Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie einher.

Der Inhalt der sozialistischen Demokratie besteht in letzter Konsequenz darin, daß mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Handwerk, Verkehr, Transport- und Nachrichtenwesen für die Werktätigen eine grundsätzliche gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln gesichert ist. Jeder Werktätige ist zugleich Träger der Staatsmacht (Machtausübender), Eigentümer der Produktionsmittel und Konsument. Daraus folgt, daß jeder Werktätige gleichermaßen für die Festigung und Weiterentwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse verantwortlich ist. Insofern sind Eigentum und Aneignung identisch, ist die Aneignung eine Kategorie der Produktion und nicht der Verteilung. Daraus ergibt sich weiter, daß die **Überlegenheit der sozialistischen Demokratie in der gleichen Stellung der Werktätigen im Aneignungsprozeß** begründet liegt. Jede „Zerlegung" des gesellschaftlichen Aneignungsprozesses muß deshalb zwangsläufig zur Schwächung des sozialistischen Eigentums und — untrennbar damit verbunden — des Systems der sozialistischen Demokratie führen. Lenin schrieb, daß die Arbeiter sich keine einzige Fabrik „aneignet" haben, sondern alle Fabriken das Eigentum der Republik übergingen, daß über die Fabriken ein Organ der Sowjetmacht, der Oberste Volkswirtschaftsrat, zu verfügen hat, das hauptsächlich aus Arbeitern gebildet ist, die von den Gewerkschaften gewählt worden ..." (Bd. 28, S. 317/318). Und an anderer Stelle sagte Lenin: „Die Aufgabe des Sozialismus ist die Überführung aller Produktionsmittel in das Eigentum des ganzen Volkes; sie besteht keineswegs darin, daß die Schiffe in das Eigentum der Schiffahrer übergehen und die Banken in das Eigentum der Bankangestellten." (Werke, Bd. 36, S. 411, russ.). Es ist „eine völlige Lehre vom Sozialismus, wenn den Arbeitern einer einzelnen Fabrik oder eines einzelnen Berufszweiges in irgendeiner Form, direkt oder indirekt, das Eigentumsrecht an ihrer spezifischen Produktion oder das Recht, die Anordnungen der gesamtgesellschaftlichen Macht abzuschwächen oder zu behindern, gesetzlich zuerkannt wird." (Lenin, Über die Heranziehung der Massen zur Leitung des Staates, Berlin 1963, S. 118).

Dieser Kampf Lenins gegen die Aufgliederung oder Abstufung des Aneignungsprozesses ist deshalb zugleich ein Ringen um die Grundfesten der sozialistischen Demokratie. Jedes Abweichen von der Identität von Eigentum und Aneignung schafft die Möglichkeit einer Abstufung der Werktätigen in ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln, rechtfertigt isolierte — dem Sozialismus entgegenstehende — Gruppeninteressen, schafft Bevorzugte und Benachteiligte, unterhöhlt die Diktatur des Proletariats, indem faktisch die Macht der Arbeiterklasse geteilt wird, führt letztlich auch zum „politischen Pluralismus".

Die unterschiedliche Stellung der Menschen zu den Produktionsmitteln und die davon abgeleitete Möglichkeit (für die Kapitalisten) bzw. Unmöglichkeit (für das Proletariat) der Machtausübung macht gerade das Wesen des Kapitalismus und damit der bürgerlichen „Demokratie" aus. Im übrigen ist selbst die bürgerliche „Demokratie" nicht pluralistisch. Vielmehr verkörpert sie ebenfalls eine Einheit von ökonomischer und politischer Machtausübung, allerdings in den Händen der Bourgeoisie. Der „Wahlrummel" — in der Regel alle vier Jahre — kann darüber nicht hinwegtäuschen. Somit ist auch hier der „politische Pluralismus" eine Farce, eine Täuschung über die tatsächlichen Machtverhältnisse, eine Aktualisierung der in der Praxis ohnehin noch nie existierenden Gewaltenteilungstheorie, wonach angeblich das voneinander unabhängige Wirken von Legislative (Parlament), Exekutive (Regierung) und Jurisprudenz (Rechtsprechung) „wahrhafte Demokratie" sichere. Es gab in der bisherigen Geschichte noch keinen Staat, in dem diese drei Gewalten in unterschiedlichen Händen lagen. Völlig zutreffend schreibt deshalb der sowjetische Rechtswissenschaftler W. M. Tschikwadse: „Die Demokratie festigt und schützt die Eigentumsverhältnisse. Dem Charakter der Eigentumsverhältnisse in der jeweiligen Gesellschaft entspricht der Charakter ihrer Demokratie. Wer ökonomisch herrscht, herrscht auch politisch". (Die Leninschen Ideen der Demokratie und die Gegenwart Staat und Recht 4/1969, S. 618).

Aus all diesen Gründen ist die sozialistische Demokratie dem sozialistischen System innewohnend. Ihr gesellschaftsgestaltender Charakter folgt in letzter Instanz aus dem System der sozialistischen Produktionsverhältnisse mit ihrem Kernstück, den Eigentumsverhältnissen. Es kann demzufolge nie eine reale Aufgabe sein, die „Demokratie mit dem Sozialismus zu vereinen", wie es einige Revisionisten proklamieren. Der Sozialismus ist die demokratischste Gesellschaftsordnung, die es je gab. Er verkörpert den demokratischen Zentralismus, d. h. die straffe zentrale Leitung und die breiteste Masseninitiative der Werktätigen. Wer den Sozialismus in dieser oder jener Weise „demokratisieren" will, beabsichtigt im Grunde die Auflösung des Sozialismus.

Wenn die Marxisten-Leninisten den Nachweis der allseitigen Überlegenheit der sozialistischen Demokratie gegenüber den Formen der bürgerlichen Demokratie führen, dann gehen sie selbstverständlich nie von einem absolut vollkommenen — statischen — System der sozialistischen Demokratie aus. Vielmehr entwickelt sich das System der sozialistischen Demokratie gesetzmäßig weiter. Auf dem VII. Parteitag der SED führte W. Ulbricht aus: „Zum Wesensinhalt des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gehört vor allem (die) sozialistische Demokratie. In immer stärkerem Maße wird die Mitarbeit an der Herausbildung der neuen gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Menschen in der Produktion und auf allen Gebieten zu einem echten Bedürfnis. Davon zeugt die wachsende und immer effektivere Mitwirkung der Werktätigen in den sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften, in den Neuererräten, den Kooperationsräten, den gesellschaftlichen Räten der VVB und in den Produktionskomitees." (W. Ulbricht, Referat auf dem VII. Parteitag, Berlin 1967, S. 83/84). Das 13. Plenum des ZK der SED im Juni 1970 machte besonders anschaulich, wie diese Grundorientierung des VII. Parteitages verwirklicht wird. Die sachliche Einschätzung der erreichten Erfolge in der ökonomischen Entwicklung, die schöpferische Unduldsamkeit mit den erreichten Ergebnissen, Kritik und Selbstkritik und das Entwickeln aller Formen der sozialistischen Demokratie im Interesse eines maximalen Zeitgewinns, in der Systemauseinandersetzung mit dem Imperialismus waren kennzeichnend. G. Mittag sagte u. a.: **„Es entspricht dem Wesen unserer sozialistischen Demokratie, die Werktätigen umfassend über die wirkliche Lage ihres Betriebes zu informieren,** weil nur mit ihrer Kraft und Initiative die hohen Ziele des Planes 1970 und das objektiv hohe Entwicklungstempo des Perspektivplanes verwirklicht werden können." (G. Mittag, Die Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im Jahre 1970, ND vom 12. 6. 1970, S. 3).

Und noch etwas anderes machten die Beratungen des 13. Plenums deutlich: Nämlich die erneute Erkenntnis, daß **die sozialistische Demokratie untrennbar hohe Organisiertheit und strengste proletarische Disziplin in sich einschließt.** So, wie die sozialistischen Produktionsverhältnisse eine gesamtgesellschaftliche Planung erfordern, ja, ohne Organisiertheit nicht existieren können (vgl. Lenin, Bd. 7, S. 419/420 u. Bd. 27, S. 231), bedarf es des disziplinierten und verantwortungsbewußten Handelns der Werktätigen als einzelne, als Kollektive in den Betrieben und Kombinaten und als Gesamtgesellschaft. Leichtfertiges Umgehen mit gesellschaftlichem Eigentum — wie auf der Baustelle des Atomkraftwerkes Nord — schadet der sozialistischen Gesellschaft ebenso wie Verzögerungen in der Fertigstellung der Investitionsvorhaben. Die Hauptursachen für die auf dem 13. Plenum genannten Mängel sind subjektiver Natur, sind Ausdruck dafür, daß verschiedene Werktätige noch nicht ihre Verantwortung als Träger der Staatsmacht, Eigentümer, Produzenten und Konsumenten zugleich erkannt haben.

Die sozialistische Demokratie ist darum auch nicht nur eine sich mit der Errichtung der Diktatur des Proletariats gesetzmäßig herausbildende Verkörperung eines bestimmten Entwicklungsstandes, sondern sie ist gleichzeitig — und in einem wesentlich höheren Maße — **Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung im allgemeinen, entscheidende politisch-soziale Form der Herausbildung der sozialistischen Menschengemeinschaft im besonderen.** Das äußert sich hauptsächlich in folgendem:

— Die sozialistische Demokratie ermöglicht, daß auf der Grundlage des von der marxistisch-leninistischen Partei geführten Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und den anderen werktätigen Klassen und Schichten immer mehr Menschen befähigt werden, die objektiven gesellschaftlichen Prozesse zu beherrschen.

— Die sozialistische Demokratie festigt die Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten, indem sie die verfassungsmäßig festgelegten Grundpflichten und Grundrechte (insbesondere Art. 19 ff. der Verfassung) für jedermann gewährleistet.

— Mittels der sozialistischen Demokratie wird die enge Verbindung zwischen zentraler staatlicher Planung, Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten und Berücksichtigung der territorialen Erfordernisse verwirklicht.

— Die sozialistische Demokratie sichert die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten, die sich ihrer Stellung als Träger der Staatsmacht, Eigentümer, Produzenten und Konsumenten zugleich bewußt sind.

Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse **durchdringt die Demokratie immer mehr die Wirtschaftssphäre,** ist sie wesentlicher Teil der staatlichen Leitung der Wirtschaft. Diesen gesetzmäßigen Prozeß hat Lenin vorausgesehen und in den Anfängen im jungen Sowjetstaat studieren können. Arbeiten wie „Staat und Revolution", „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", „Ökonomie und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats" und „Die große Initiative" sind dafür nachhaltiges Zeugnis und konkrete Anleitung der Gestaltung des demokratischen Zentralismus in der staatlichen Leitung der Wirtschaft unter den Bedingungen der Herausbildung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR.

Der sozialistische Staat ist das Organ der wissenschaftlichen Leitung der Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion. In Verwirklichung seiner relativ selbständigen wirtschaftlich-organisatorischen Funktionen leitet er den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß im umfassenden Sinne, übt er in Form der Planung und Leitung produktive Tätigkeit im Rahmen des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters aus. Damit taucht die interessante Frage auf, inwiefern der Staat als wichtigste Überbauerscheinung zugleich in bestimmter Hinsicht Element der Basis ist; letztlich also: ist das produktive Tätigwerden des sozialistischen Staates in Ausübung seiner wirtschaftlich-organisatorischen Funktion ausschließliche Wirkung des Überbaus auf die Basis, oder nimmt es den qualitativ neuen Charakter als Element der Basis an? Mit folgender Formulierung hat das Buch „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" die in der Sowjetunion und in der DDR erfolgende Diskussion zu dieser Problematik weiter angeregt: „Es gehört zum Wesen des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, daß der Staat als höchste und allumfassende Form der gesellschaftlichen Organisation und Koordination mittels seiner ökonomischen Funktionen immer tiefer in die Sphäre der Basisverhältnisse hineinwächst und die ökonomische Politik des sozialistischen Staates der entscheidende Ausgangspunkt für die bewußte Anwendung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus ist." (Berlin 1969, S. 200).

Damit soll nicht die unbestrittene Erkenntnis aufgehoben werden, daß alle Bestandteile des Überbaus — und damit auch der sozialistische Staat und das von ihm hervorgebrachte Recht — in ihrer Entwicklung den allgemeinen objektiven Entwicklungsgesetzen der sozialistischen Gesellschaft, insbesondere der Basis, unterliegen. Marx weist im Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie" darauf hin, „daß Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln." (Marx/Engels, Werke, Bd. 13, S. 8). **Alle Bestandteile des Überbaus sind folglich als ein einheitliches System untereinander verbundener gesellschaftlicher Erscheinungen zu betrachten, die verschiedenen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten unterliegen.** Der Staat nimmt aber — und das soll hervorgehoben werden — in diesem System auf Grund seiner Wirkung auf andere Überbauerscheinungen und auf die Basis eine besondere Stellung ein.

Besonders mittels des sozialistischen Rechts (hauptsächlich des Wirtschaftsrechts mit dem Planungs-, Kooperations- und Organisationsrecht) vermag der Staat die objektiven Erfordernisse in verbindliche Verhaltensanforderungen an die Menschen (als einzelne und als Kollektive) zu fassen, um dadurch „jede Möglichkeit einer Abweichung davon auszuschalten" (Lenin, Bd. 33, S. 375) und so über das zielgerichtete menschliche Handeln die Realisierung der objektiven Gesetze aktiv zu organisieren. Lenin hat diesen **Programmcharakter des sozialistischen Rechts** — im Gegensatz zum vorwiegend konfliktregelnden Charakter des bürgerlichen Rechts — immer wieder betont. Im Jahre 1919 sagte er: „Dekrete sind Instruktionen, die die Massen zum praktischen Handeln aufrufen." (Bd. 29, S. 193; vgl. auch: „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR", Berlin 1969, S. 366 f.).

Diese Stellung des Staates ist in der Basis-Überbau-Dialektik bedeutsam für den Prozeß der weiteren Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems mit dem ökonomischen System des Sozialismus als Kernstück. Der sozialistische Staat leitet den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung. Das zielgerichtete Tätigwerden des Staates unter Führung der Partei, insbesondere in wirtschaftlich-organisatorischer und kulturell-erzieherischer Hinsicht, führt zu einer revolutionären Veränderung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens. Im Prozeß des Lösens dieser historischen Aufgabe erfolgt eine tiefgehende Umgestaltung der Wirtschaft, des menschlichen Bewußtseins und der Kultur, **wird die demokratische Aktivität des Volkes zur gesellschaftsgestaltenden Kraft.** Lenin sagte: „Je größer, je verantwortungsvoller die neue geschichtliche Aufgabe ist, desto mehr Menschen werden gebraucht, von denen Millionen zur selbständigen Beteiligung an der Lösung dieser Aufgaben herangezogen werden müssen." (Lenin, Werke, Bd. 27, S. 470). Daraus ist auch ersichtlich, daß der Staat nicht primär regulierend, sondern vielmehr gesellschaftsgestaltend wirksam werden muß. Gerade darin zeigt sich, wie der Leninismus in der Staatstheorie und Staatspraxis der DDR zur tragenden Säule geworden ist. Der Sowjetstaat ist in dieser Hinsicht leuchtendes Vorbild. Er hat sich „in der Praxis als ein mächtiges Instrument zur Entwicklung der planmäßigen sozialistischen Produktion, zur Erhöhung des kulturellen Niveaus der Gesellschaft und zur kommunistischen Erziehung der Werktätigen erwiesen, als ein Instrument zur Wahrung der gesellschaftlichen und persönlichen Interessen, zur Wahrung einer neuen Rechtsordnung, zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften und zur Unterstützung der internationalen revolutionären Befreiungsbewegung." („Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins", Thesen des ZK der KPdSU, ND vom 27. 12. 1969, S. 4). So ist die sozialistische Demokratie aufs engste mit den sozialistischen Produktionsverhältnissen verbunden. Ihre weitere Ausgestaltung auf der Grundlage der Beschlüsse des 13. Plenums festigt die sozialistischen Produktionsverhältnisse der DDR, stärkt die Stellung unseres Staates in der weltweiten Systemauseinandersetzung mit dem Imperialismus.

UZ-Rezension

Das Jahrhundert der sozialen Revolution"

Bebel:
gewählte Reden und Schriften.
d 1 1863–1878.
tut für Marxismus-Leninismus beim ZK
SED
Institut für Geschichte bei der
schen Akademie der Wissenschaften
Berlin.
Horst Bartel, Rolf Dlubek,
rich Gemkow.
Verlag Berlin 1970.
leden, Leinen, 12,50 Mark.

Beginn unseres Jahrhunderts, als die revolutionären Kräfte der Sozialdemokratie den revolutionären Weg bereits abgeschworen hatten, gab August Bebel eine treffliche Charakteristik unserer Epoche: „Das 20. Jahrhundert ist mehrfach als das Jahrhundert der Reform bezeichnet worden. Ich betrachte es als das Jahrhundert der sozialen Revolution, in dem die letzten Reste menschlicher Sklaverei und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt werden." (1) Am Vorabend des ersten Weltkrieges eine gelegte Voraussage unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit charakterisiert Bebel als Weltanschauungsführer mit tiefer Kenntnis der historischen Gesetzmäßigkeiten, der die wahren Interessen der Unterdrückten sowohl gegenüber der Bourgeoisie als auch gegenüber ihren Vertretern in der Arbeiterbewegung selbst verteidigte und der in der Arena der „großen Diplomaten" ebenso heimisch war wie in den Reihen der Arbeiter. Bebel hatte sich — um mit Lenin zu sprechen — vom Arbeiter zum fähigsten Parlamentarier Europas, zum erfahrensten Organisator und Taktiker, zum ausgezeichneten Führer der Internationalen, zum Reformismus und dem Opportunismus unversöhnlich gegenüberstehenden Sozialdemokraten (2) entwickelt. Zu dieser hervorragenden Persönlichkeit konnte August Bebel nur werden, weil er sich den Marxismus in Theorie und Praxis beharrlich zu eigen machte.

Wenn mit der Herausgabe der Reden und Schriften August Bebels unmittelbar vor dem 25. Jahrestag der Gründung der SED begonnen wird, so ist gleichzeitig eine Traditionslinie gezeichnet: Sie führt vom Bund der Kommunisten über die revolutionäre Sozialdemokratie im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, die deutschen Linken, die KPD zur SED im ersten deutschen Staat, der den Sozialismus errichtet.

Die Herausgeber haben sich die Aufgabe gestellt, diese revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung einem breiten Kreis zu erschließen und Bebel als Leitbild des sozialistischen Revolutionärs für die Erziehung neuer Generationen von Sozialisten hervorzuheben.

Gleichzeitig weisen sie mit dieser Publikation alle Versuche westdeutscher rechtssozialdemokratischer und imperialistischer Historiker zurück, die populäre Gestalt der deutschen Arbeiterbewegung in ihre Geschichtskonzeption zwängen zu wollen. Die westdeutsche Historiographie leugnet Bebels marxistische Weltanschauung, konstruiert Gegensätze zwischen ihm und den Begründern des wissenschaftlichen Kommunismus, stellt ihn als Praktiker ohne theoretischen Sinn dar und versteigt sich sogar zu der These, Bebel habe für eine klassenindifferente Volkspartei, höchstens aber für eine reformistisch orientierte Arbeiterpartei gekämpft, was in der Behauptung gipfelt, die revolutionäre Eisenacher Partei sei gegen seinen Willen entstanden. „Und ist es Torheit auch, so hat es doch Methode", möchte man sagen, denn all diese Bestrebungen verfolgen das Anliegen, August Bebel als Verfechter einer Integrationspolitik erscheinen zu lassen. Indes, bereits Bebel hat selbst mit seinem gesamten Schaffen wie auch — im Detail — mit seiner eingangs zitierten Gesellschaftsprognose derartigen Verleumdungen den Wind aus den Segeln genommen. Und wenn man ihm jenen sprichwörtlich gewordenen Satz zuschreiben darf, der zu seiner Zeit von Mund zu Mund flog, hat er ebenso den „Erfolg" dieser Fälscher vorausgesagt. „Den Sozialismus in seinem Lauf — hält weder Ochs' noch Esel auf!"

Der nunmehr erschienene 1. Band der Werke Bebels umfaßt Reden, gehalten auf Gewerkschaftskongressen, Tagungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Arbeiterversammlungen und im Reichstag; programmatische und theoretische Schriften sowie eine Auswahl von Briefen an seine Kampfgefährten aus dem Zeitraum von 1863 bis 1878. Diese historische Periode beginnt mit dem Neuaufleben der Arbeiterbewegung nach der gescheiterten bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 und beinhaltet die organisatorische und ideologische Lostrennung der fortgeschrittensten Arbeiter von der Bourgeoisie. Die wachsende Selbständigkeit der Arbeiterbewegung manifestiert sich im Wirken der I. Internationale, der Gründung der Eisenacher Partei, in der Haltung der jungen Partei zum deutsch-französischen Krieg und zur Pariser Kommune und in der Überwindung der Spaltung der Arbeiterklasse 1875. Die letzten Dokumente zeichnen die Situation am Vorabend des Sozialistengesetzes.

In einer einleitenden Biographie — die über die 1963 im Dietz Verlag erschienene hinausreichende Erkenntnisse vermittelt — zeigen Ursula Herrmann und Rolf Dlubek, wie sich Bebel in dieser Zeit den Marxismus aneignete und so zu einer führenden Persönlichkeit der Arbeiterbewegung werden konnte:

Zu Beginn seiner politischen Tätigkeit — 1861 trat Bebel dem Leipziger Gewerblichen Bildungsverein bei — geriet er zunächst unter den Einfluß der liberalen Arbeiterpolitik. Er versuchte die Arbeiter politisch zu interessieren, erhoffte ihren Aufstieg aber wesentlich von ihrer Teilnahme am geistigen Fortschritt. Praktische Erfahrungen, wie die vergeblichen Vermittlungsversuche beim Streik der Leipziger Buchdrucker, und die Meinungsverschiedenheiten angesichts der Einigung Deutschlands ließen ihn zu der Erkenntnis gelangen, daß zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie tiefe Interessengegensätze bestehen. Vor allem beeinflußt durch die Bekanntschaft mit Wilhelm Liebknecht, das Studium der ersten Schriften von Marx und Engels und das Wirken der I. Internationale, vollzog Bebel den endgültigen Bruch mit der Bourgeoisie, als diese ein offenes Kompromiß mit Bismarck einging. Den Kampf gegen Bismarck und den preußischen Militarismus nahm er bereits in seiner ersten Rede im Norddeutschen Reichstag auf. Als Bebel 1868 auf dem Nürnberger Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine ein neues Programm begründete, proklamierte er die Befreiung der Arbeiterklasse, die nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann. Ein Jahr später begründete er Programm und Statuten der ersten deutschen Arbeiterpartei. In seiner kurz darauf verfaßten ersten Schrift „Unsere Ziele" stellte er die weltanschaulichen, programmatischen und taktischen Grundsätze der Partei dar. Dieses Werk, das für die Erziehung der Mitglieder von weitreichender Bedeutung war, zeigte, „daß er den Marxismus bereits als Ganzes, als Weltanschauung aufzunehmen begann." (3)

Mit diesem geistigen Rüstzeug gewappnet, begegnete er den bedeutsamen Ereignissen um 1870: er entlarvte den preußisch-deutschen Militarismus und sein Parlament, begann die Prinzipien für die Parlamentspolitik der Sozialdemokratie auszuarbeiten, trat für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ein und verteidigte glühend die Pariser Kommune.

Als 1872–1875 die reaktionären Kräfte des preußisch-deutschen Militarismus den führenden Funktionär in den Kerker warfen, bedachten sie sicher nicht, daß diese Zeit des geistigen Reifens nur der Bewegung selbst nützen würde. Während seiner Haftzeit studierte Bebel erneut Werke von Marx und Engels, ebenso philosophische, ökonomische, sozialistische Schriften und Werke der bürgerlich-demokratischen Geschichtsschreibung. Dies trug entschieden dazu bei, daß er die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung tiefer erfassen konnte. Mit zahlreichen Schriften trug er zum Agitationsfundus der Sozialdemokratie bei.

Konnte Bebel auch aus dem Kerker nicht aktiv in die Vorbereitung des Vereinigungsprozesses der Arbeiterbewegung eingreifen, so ist es doch nicht zuletzt seinem Verständnis des Marxismus zu verdanken, wenn sich der Marxismus trotz der Schwächen des Gothaer Programms in der Arbeiterbewegung ausbreitete. Bebels Reden und Schriften von 1875 bis 1878 zeugen von der Erkenntnis, daß die Einheit der Arbeiterklasse nur in einer Partei des revolutionären Kampfes gesichert und wirksam werden kann. Als Vorsitzender der Kontrollkommission der Partei, hervorragender Vertreter des parlamentarischen Kampfes, aktiver Mitarbeiter des Zentralorgans „Vorwärts", der Zeitschrift „Die Zukunft" und als begehrter Redner trat er konsequent gegen jede bürgerliche und kleinbürgerliche Ideologie auf und drang dabei immer tiefer in die marxistische Weltanschauung ein.

Die Auswahl der Werke des 1. Bandes belegt anschaulich die Entwicklung Bebels in diesem entscheidenden Zeitraum. Fortgesetzt wird die hervorragende Edition mit 3 weiteren Bänden Reden und Schriften, einem Band, der sein Hauptwerk „Die Frau und der Sozialismus" enthält und einem Band mit seinen Memoiren. Die Herausgabe der Werke des bedeutenden Arbeiterführers beweist eindeutig, daß die DDR der wahre Sachwalter des Erbes von August Bebel ist.

(1) A. Bebel an Hermann Schlüter, 2. Febr. 1910. In: August Bebel, Ausgew. Reden und Schriften, Bd. 1, 1863–1878. DVB 1970, Vorbemerkung, S. II–III.
(2) Lenin: August Bebel. In: Werke Bd. 19, DVB 1962, S. 286.
(3) Aug. Bebel, Ausgew. Reden und Schriften, a. a. O., S. 21.*

SLUB
Wir führen Wissen.